

# Social = Demokrat.

## Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Gitschinerstraße 17.

Die Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich  
am: Dienstag, Donnerstag und  
Samstags Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Frachtlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 15 Sgr., bei den außerpreussischen Postämtern in Deutschland 12 1/2 Sgr., (44 Kreuzer südd. Währ.)

Bestellungen werden auswärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem soliden Expediteur entgegen genommen.  
Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpolte Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien, America, China und Japan Mr. A. Duensing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. C. London.

**Abonnementsbestellungen auf den „Social-Demokrat“ für das laufende Quartal werden während, auswärts bei den Postämtern, entgegengenommen.**  
Den neuen Abonnenten wird das Blatt für das ganze Quartal, vom 1. Oktober an, vollständig nachgeliefert.

### Politischer Theil.

Berlin, 7. December.

T. Herr Schulze-Dehlig hat bei Gelegenheit der Walbedfeier am 3. d. M. in der hiesigen Halle seinen schmerzlichen Gefühlen über den Unterfall des Sternes der Fortschrittspartei in einer feine Ausdruck gegeben, welche die „Staatsbürger-Zeitung“ zu nachstehender Bemerkung veranlaßt:

Wir lassen hier denjenigen Theil der Rede aus, in welchem Herr Schulze-Dehlig zu einer, ihm von seinem politischen und Parteifreunde eingeleiteten Philippika gegen die heutigen Social-Demokraten veranlaßt. Wir möchten diese Auslassung damit, daß wir diesen Theil der Rede um so glimpflicher auszubringen — tacitos und unanwesend sind, und zwar aus folgenden Gründen: In erster Linie diese Philippika überhaupt nicht zu einer Festrede, allerwenigsten zu einer solchen, die Walbed, einem von dem Parteifreunde besetzten Manne, gewidmet war. Zum andern soll man mit bloßen Behauptungen und daran geknüpften Folgerungen Niemandem angreifen, der sich nicht in der Lage befindet, darauf entgegen zu können. Hier, wo man an der Social-Demokratie in der Lage war, gegen Schulze'sche Behauptungen aufzutreten zu dürfen, waren wir unter allen Umständen unpassend. — Wir sind keine Freunde der Social-Demokraten; aber gegen unangemessene Behandlung werden wir sie eben so gut in Schutz nehmen, wie alle anderen Staatsbürger; — und es ist jedenfalls hier zu constatiren, daß jene Schulze'sche Philippika einen großen Mißklang in die sonst so erhebende Feier brachte. Wir gehören nicht zu den sentimentalen Naturen, die aus Rücksicht auf den sogenannten „Anstand“ einen zur Charakterisirung der Parteiverhältnisse wesentlich beitragen den Theil einer öffentlichen Kundgebung unterdrücken; wir lassen vielmehr den fraglichen Theil und den Schluß der Festrede des Herrn Schulze, in welcher er zuvor bemerkt hatte, daß Walbed den „Antrieben der Social-Demokraten“ stets entgegengetreten sei, wie er das am schlagendsten durch seine Rede im Abgeordnetenhaus bei der Verhandlung des Coalitionsgesetzes bewiesen und wie er sich schon 1849 gegenüber einer Arbeiter-Deputation ausgesprochen habe, — nach der „Volkszeitung“ hier folgen:

So einflußreich die Reaktion im Augenblicke in unserem Vaterlande noch dasthet — ihr innerer Verfall giebt sich in jeder Weise als Einem Zeichen kund. Die alten Stützen wanken, die Mastregelung, die Schädigung in Wohlstand und Erwerb, das Niederwerfen jeder freien Regierung, alles das hält nicht mehr vor: man muß im Walke selbst die Position suchen, man muß die eigensüchtigen Ziele verfolgen. Frankreich giebt ein leuchtendes Vorbild: die Korruption des Regiments und der privilegierten Klassen reicht nicht mehr aus, das Bürgerkönigthum ist darüber zu Grunde gegangen — man muß die Korruption in die Massen tragen, um mit den Massen fertig zu werden. (Ruf: Schweiger!) Das ist das System des französischen Imperialismus, in welchem die Reaktion bei uns und anderswo eintritt. Den Altsozialisten in Preußen grant vor den neuen Bundesgenossen; zu dem alten Bunde der Reubalen mit der religiösen Verfassung tritt jetzt die Social-Demokratie, wenn auch noch verächtlich, weil man den Nerven der Parteigenossen nicht gleich viel bieten darf. Volkverdrummung und Verpeilung des Volksbeglückung in der für die Beteiligten bequemsten und leichtesten Weise: das ist das erste Rezept, jeden Aufschwung des Volkes in der Geburt zu erstickt und dasselbe von allem abzutreiben, was es in Bildung und Wohlstand, in jeder bürgerlichen Stellung auf die Dauer heben kann. So beginnt die Klassenhege von unten, um Spaltung in die liberale Partei zu bringen; hat man erst eine besondere ab-

geschlossene Arbeiterpartei gebildet, welche ihre Sonderinteressen auf Kosten der übrigen Gesellschaftsklassen verfolgt, dann ist solche Sonderbildung die beste Grundlage für den Thron der Junker- oder Pfaffenpartei! — Bei den deutschen Arbeitern hat es aber damit noch gute Wege, sie lassen sich nicht so leicht von der Gemeinschaft jener großen Kulturinteressen abdrängen, dafür zengt ihre Beteiligungs an den unseren Geschichtsbildern Schiller, Humboldt gewidmeten Nationalfesten, die in den Kreisen der Arbeiter den innigsten Antheil fanden. Dafür sprechen auch die tausende von Bildungs- und politischen Vereinen, und darum wird sich die Reaktion der Gegner als falsch erweisen. Was aber auch in dieser Beziehung an kümmerlichen Eintagsfliegen erzielt werden mag, das wird durch den Bruch der Partei mit ihren Traditionen weitaus auszuwogen; wie der Absolutismus im Scheinkonstitutionalismus das eigene Princip verleugnet und sich selbst aufgibt, so wird die konservative Partei, indem sie mit den wahren, im besten Sinne konservativen Staatsprincipien bricht, nicht zu ihrer eigenen Konservirung beitragen. Ein Blick auf Frankreich zeigt das und ich denke, wir werden sehr bald wieder den alten geschichtlichen Satz bewahrheitet sehen, daß eine Herrschaft, die sich mit lünger Berechnung auf die schlechten Leidenschaften der Menschen stützt, keinen dauernden Bestand gewinnen kann. — Wir rechnen mit anderen Mächten! Die Demokratie mit ihrer Losung: „Alles für und Alles durch das Volk!“ muß an das Volk glauben, oder sie verliert sich selbst. Darum gründen wir das Gebäude der Zukunft auf den unerschütterlichen Kern in der Menschenbrust, der wohl im Einzelnen wie in größeren Kreisen wohl augenblicklich getrübt und niedergehalten, niemals aber völlig erstickt werden kann, für dessen unerkümmerte Entfaltung die unangesezte Arbeit zu übernehmen die wahre Mission der Demokratie ist. Und darin befaßt uns Alle der leitende Gedanke des heutigen Festes. Daß das Volk diesem Tage die Ehre giebt, wo die elende, die tiefe Unfruchtbarkeit seiner Gegner enthüllende Intrigue vor dem Schwur- und Volksgerichte zu Schanden wurde, das gilt uns als Zeugnis des unerschütterlichen Rechtsbewußtseins, das in ihm lebt, als lauter Rufschrei des öffentlichen Gewissens, dem gegenüber Lüge und Heuchelei verstummen. Und vor diesem öffentlichen Gewissen und seinem ewigen Gerichte muß in nicht ferner Zeit, — stehen wir nur als rechte Geschworene Jeder an seinem Platze — alles was schädigend sich an unser Volkrecht hängt und den rechten Quell unseres nationalen Lebens zu verstopfen droht, gleich jener Anlage in das Nichts zerfallen. — Dies die Bedeutung des Tages für uns. Wäge er noch in besserer Zeit ein Gedenktag des Volkes werden!

Die Anfälle des Herrn Schulze gegen die Social-Demokratie zeigen einmal wieder die ganze Erbärmlichkeit der Söldlinge der Bourgeoisie in ihrem Widerstande gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse. Als die Führer der Fortschrittspartei, welche sich in ihren „Versammlungen“ und bei ihren „Festen“ gegenseitig Wehr- und streuen, im Concerthause sich überzeugten, daß sie den Arbeitern einmal in öffentlicher Versammlung würden Rede und Antwort stehen müssen, da ergriffen sie feige das Hosenpannier und verschauelten sich in ihren „Bezirksvereinen“, um die Arbeiter in der niederträchtigsten Weise zu verläumdern, zu belügen und zu beschimpfen. Gleichzeitig suchte man unter Anwendung der verächtlichsten Mittel die Arbeiter unter einander planmäßig zu verhasen. Der Anschlag scheiterte an dem gesunden Sinne der Arbeiter; die Versammlung im „Lalversum“ hatte ein dem bezweckten Erfolge durchaus entgegengesetztes Resultat. Nun mußte die Walbedfeier, bei welcher — wie die „Staatsbürger-Zeitung“ richtig bemerkt — eine öffentliche Discussion nicht zulässig war, dazu dienen, Gift und Galle über die Arbeiterpartei auszuschütten. Es war der Abgeordnete Herr Schulze aus Delitzsch, der dieses Geschäft zu besorgen hatte. Er — der allen öffentlichen Disputationen seit der Frankfurter Versammlung am 17. Mai 1863 bis auf den heutigen Tag feige ausgewichen ist — er besaß das nöthige Quantum Gemüthe, um in einer Versammlung von Bourgeois „vom reinsten Wasser“, in welcher er keinen Widerspruch zu befürchten hatte, die Arbeiterpartei zu verdächtigen, zu verlästern und mit seinem giftigen Geifer zu besudeln. Selbst wenn Herr Schulze gewollt hätte, dürfte er sich dem Ge-

schäfte nicht entziehen. Er hat sich der Bourgeoisie für 45.000 Thlr. mit Leib und Seele verkauft und da versteht es sich von selbst, daß er als bezahlter „Anwalt“ ausschließlich die Sonder-Interessen des Geldbürgerthums zu vertreten hat. Ob dies mit einigem „Anstand“ geschieht oder nicht, darauf kommt es „bezahlten Subjecten“ selbstredend nicht an.

Wie alle Welt weiß, erstrebt die social-demokratische Arbeiterpartei in socialer Beziehung, daß der volle Ertrag der Arbeit dem zuzuführen soll, der die Arbeit leistet; um zu diesem Ziele zu gelangen, erstrebt die Partei in politischer Beziehung den freien Volksstaat. Der Allg. deutsche Arb.-Verein hat den Zweck, für diese Endziele der Partei unter allen Arbeitern Propaganda zu machen, und nun erstrebt sich ein Mensch, dem die wahren Bestrebungen der großen Arbeiterpartei nicht unbekannt sein können, diese Partei der Verbindung mit der Reaction, „der Volksverdrummung und der Verpeilung von Volksbeglückung in der für die Beteiligten bequemsten und leichtesten Weise“ zu beistimmen. Die Bourgeoisie, die es allein den Arbeitern verdankt, daß sie in schlaffenmäßiger Faulenzerei schmelzen und prassen kann, die es verzeiblich versuchte, die Arbeiter auf einander zu hetzen, um sie wiederum in das Sklaventhum des Geldbürgerthums einzuspannen zu können, — beklagt sich durch ihren „Anwalt“ über die „Klassenhege von unten“, der sie die Spaltung der liberalen Partei zuschreibt. Nun, wohlan! Wir werden die „Klassenhege“ in der bisherigen Weise, das heißt, durch die Macht der Wahrheit und der Ueberzeugung, auf gesetzlichem und friedlichem Wege, mit erneuter Energie betreiben, bis alle die Polypen, welche sich vom Lebensmarke des arbeitenden Volkes mästen, nicht nur aus den öffentlichen Versammlungen feige entfliehen, sondern auch aus den gesetzgebenden Körpern, ja vom ganzen Erdboden spurlos verschwinden.

### Rundschau.

Berlin, 7. December.

In Betreff des dem Norddeutschen Reichstag vorzulegenden Gesetzentwurfs betreffend Haftung der Unternehmer für Entschädigungsansprüche bei Unglücksfällen hat nach der „Deutschen Allg. Ztg.“ der Ausschuß des Bundesraths für Justizwesen an den Bundesrath jetzt seinen Bericht erstattet und nach Feststellung der Zweifellosgkeit der Competenz, sich nicht für eine generelle Reform der Vorschriften über Schadensersatzpflicht, sondern für ein Specialgesetz — betreffend Eisenbahnen, Bergbau und Fabriken unter Ausschluß der Transportanstalten zur See — für welche das Handelsgesetzbuch maßgebend bleiben soll. Dabei sind folgende Grundsätze für das zu erlassende Gesetz empfohlen: Für Eisenbahnen: 1) „daß im Schadensfalle (also bei Tödtungen oder Verletzungen von Personen) die Verschuldung des Betriebes präsumirt (vorausgesetzt) wird, die Gesellschaft mithin ohne Weiteres als ersatzpflichtig gilt, wenn sie nicht den Beweis der eigenen Verschuldung des Beschädigten oder aber der höheren Gewalt zu führen vermag;“ 2) „daß die Eisenbahnen untersagt ist, diese ihre gesetzliche Verpflichtung zum Schadenersatz zu ihrem Vortheile durch Reglements oder Verträge im voraus auszuschließen oder zu beschränken;“ 3) „daß, im Falle die Verschädigung den Tod zur Folge hatte, den Hinterbliebenen, zum mindesten den Alimentationsberechtigten, ein Anspruch auf Schadenersatz zusteht;“ endlich 4) „daß die Ersatzpflicht der Eisenbahn-Unternehmung sich nicht auf Car- und Begehrkosten beschränkt, sondern den gesammten Vermögensverlust in sich begreift, den der Verschädigte durch seine zeitweilige oder dauernde Arbeitsunfähigkeit, beziehungsweise dessen Hinterbliebenen durch den Verlust ihres Verforgers erleiden und daß die Größe des Schaden-

ersafes durch billiges Ermessen des Richters festzustellen ist.“ Für den Bergbau. Beim Bergbau kann nach Ansicht des Ausschusses der Grundhaft unter 1. in gleicher Strenge insofern nicht wohl zur Anwendung kommen, als hier „die Unfälle oftmals die Folge des Einwirkens von Elementen und Naturkräften sind, welche sich auch der sorgfältigen Controle entziehen“, weil ferner hier „die selbstständige Thätigkeit des Arbeiters einen viel größeren Antheil am Betriebe hat als bei Eisenbahnen.“ Aus diesen Gründen läßt das königlich sächsische Berggesetz und eben so das großherzoglich sachsen-weimarische den Bergwerksbesitzer nur für Verschuldungen seiner Offizianten, nicht für solche seiner Arbeiter selbst haften, das königlich sächsische noch mit der Einschränkung auf „grobe Verschuldungen“. Der Ausschuß glaubt sich dieser Auffassung anschließen zu müssen, hauptsächlich auch aus der Rücksicht, weil den Bergwerksbesitzern die Beiträge, die sie jetzt zu den wesentlich mit zur Unterhaltung verletzter Bergleute bestimmten Knappschaffklassen zahlen (zwei Fünftel des Gesamtbeitrags) billiger Weise nicht länger angesetzt werden könnten, wenn man dieselben außerdem noch für das Verschulden jedes einzelnen ihrer Arbeiter haftbar machen wollte. Daher hat sich der Ausschuß, was den Bergbau betrifft, für den Grundsatz erklärt, „daß im Schadensfalle nicht, wie bei den Eisenbahnen, eine Verschuldung des Unternehmers ohne weiteres präsumirt werden kann, der Beweis der Verschuldung vielmehr von demjenigen zu erbringen ist, der sich auf dieselbe als Grund seines Anspruchs beruft.“ Für Fabriken: Bei den Fabriken soll der Unternehmer ebenfalls nur für Verschuldungen seiner Angestellten zu haften haben, insbesondere aber für Nichtbeachtung polizeilicher Vorschriften, wenn dadurch eine Körperverletzung herbeigeführt ward. Die Grundsätze unter 2, 3 und 4 rücksichtlich der Eisenbahnen dagegen gelten gleichmäßig auch für den Bergbau und die Fabriken. Der Ausschuß macht auch noch auf den Mangel der in England gebräuchlichen Fabrik-Inspectoren (zur Verhütung von Unglücksfällen durch specielle Controle der Unternehmungen) aufmerksam. Rucksichtlich des in einer Petition der Eisenbahnarbeiter ausgesprochenen Wunsches, daß die Bahnverwaltungen auch noch verpflichtet werden möchten, sich mit Geldzuschüssen an den Kranken-, Alters- und Versorgungsfonds und Beitragsklassen der Arbeiter zu betheiligen“, glaubt der Ausschuß eine gesetzliche Verbindlichmachung der Bahnverwaltungen — wenn man bereits ihre Ersatzverbindlichkeit bei Unglücksfällen so weit ausdehnen — zwar nicht empfehlen zu dürfen, wohl aber eine freiwillige Thätigkeit derselben in dieser Richtung nach dem Vorgange derjenigen unter ihnen, die dies bereits jetzt thun. Der Ausschuß empfiehlt daher dem Bundesrathe: „1) den Bundeskanzler zu ersuchen, nach Anleitung dieses Berichts (also auch nach den oben bezeichneten Grundsätzen) einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten zu lassen und dem Bundesrathe vorzulegen; 2) den Bundesregierungen zu empfehlen, die in ihren Gebieten befindlichen Eisenbahnverwaltungen, soweit erforderlich, auf geeignetem Wege zu veranlassen, sich mit Geldbeiträgen an den bestehenden oder noch zu errichtenden Unterstützungsklassen der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen in angemessener Weise zu betheiligen.“

Wir haben bereits in voriger Nummer und über die Frage der Haftbarkeit der Unternehmer bei Unglücksfällen ausgesprochen. Wir halten unsern Anspruch vollkommen aufrecht, und können nur hinzufügen, daß die obigen über den Bergbau gemachten Ausführungen uns ganz unbegreiflich vorkommen. Die Arbeiter fordern: „daß die Grubenbesitzer dafür haften sollen, daß sie ihre Einrichtungen so treffen, daß schlagende Wetter, Einfürze, Stürze u. s. w. überhaupt nicht vorkommen dürfen.“ Der Ausschuß des Bundesraths spricht aber von Unfällen, „die durch Mitarbeiter hervorgerufen werden.“ Was, der Grubenbesitzer soll nicht der schuldige Theil sein, wenn er die Vorkehrungen versäumt hat, daß schlagende Wetter sich ansammeln können, und ein leichtsinniger Arbeiter bringt die so angesammelten Wetter durch Zünden der Lampe zum Explodiren! Unerbötlich! Und der Grund, weshalb dies nicht der Fall sein soll, er wird darin gesucht, daß die Grubenbesitzer zu den Knappschaffklassen steuern. Also ein Schaden wird durch einen andern Schaden gerechtfertigt. Die Bergleute wollen nichts von den Knappschaffklassen wissen, weil sie nur, wie jetzt z. B. beim Waldenburger Strike, zum Maßregeln dienen, und jetzt will man gerade innerhalb der Capitalisten von einer Pflicht entbinden. Und andererseits sollen die Eisenbahnarbeiter mit den verhassten Knappschaffklassen beglückt werden!

In Dalmatien steht die Sache der Regierung sehr übel. Die Blätter berichten: „Die neuesten Nachrichten aus Cattaro belanden, daß die Zeit der Waffenruhe durch häufige Angriffe der Insurgenten gestört werden wird. So wurde gestern gemeldet, daß die „Kaufbolde“ der „rebellischen“ Gemeinden von Braic und Raina immer Versuche machen, sich den Vorposten bei Pietropaolo und dem Fort Kosmac zu nähern. Die kleinen Plänkelleien blieben natürlich ohne erhebliche Folgen. Zu Cattaro selbst fiel

nichts Erhebliches vor. Das Unwetter dauert ununterbrochen fort.“ — Kostbar! Die fünfzehnhundert „rebellischen Kaufbolde“ kommen aus den Bergen hervor und gehen angriffsweise gegen die nach Zehntausenden zählenden Truppen vor; diese aber bleiben wegen schlechten Wetters, das nun schon Wochen lang dauert, zu Hause, nachdem sie sich mühsam „rückwärts concentrirt“ haben — Inzwischen unterdrückt die österreichische Regierung die Arbeiterbewegung in unerhörtem Maße. Neben alle Arbeiterversammlungen werden als staatsgefährlich verboten, selbst wenn sie sich nur mit völlig friedlichen Fragen, z. B. mit dem Coalitionsgesetz beschäftigen wollen. Die „Volkstimme“ in Wien ist kürzlich confiscirt. Aus einer Kammer derselben die in unsere Hände gekommen ist, ist durchaus nichts zu ersehen, was vielleicht einen allzeitigen Staatsanwalt zur Confiscation hätte bewegen können. Alle Artikel waren durchaus ruhig gehalten, und die Ausföhrung, daß das Verbot der Arbeiterversammlungen durch die Regierung eine „reactionäre“ Handlung sei, kann denn doch nicht strafällig sein. Diese Handlungswiese eines „Bürgerministeriums“ würde eben unzugreiflich sein, wenn wir nicht wüßten, wie die Bourgeoisie den Arbeitern gegenüber gesinnt ist.

Die „Unversöhnlichen“ Frankreichs werden immer versöhnlicher. Selbst Rochefort, von dem man ein gewaltiges Uebertrumpfen der Unversöhnlichen erwartete, ist mit einer höchst subtilen Jungfernerde herangerückt. Man hatte von ihm zum Mindesten eine Anklage des Kaisers erwartet, weit gefehlt; er strich schlau der Bourgeoisie Honig um den Bart, indem er beantragte, ihrem Liebling, der Nationalgarde, die Bewachung des gesetzgebenden Körpers zu übertragen. Das hat ihm denn den Jubel der Linken, und die Erklärung der Bourgeoisblätter eingebracht, daß er jetzt mit der Linken versöhnt sei. Ob ihm das aber den Dank der Arbeiter eintragen wird, wir bezweifeln es. Die Angelegenheit verlief, wie folgt: Bei Gelegenheit des Protokolls bemerkt Rochefort, von seinem Platze aus redend: „Vor Eröffnung der Diskussion über die Wahlloosmachten möchte ich der Kammer als Ergänzung der Abstimmung, welche das Bureau constituirte hat, eine Beobachtung vorlegen, welche ihre Würde und Sicherheit interessiert. Bis hier über der Dienst der Wachposten, welche beauftragt sind, für die Sicherheit der Versammlung zu wachen, der Linie anvertraut worden. Ich glaube, es wäre zweckmäßig, wenn in Zukunft diese Mission der Nationalgarde übertragen würde. (Zustimmung.) Die Nationalgarde, welche Wähler sind und zur Ernennung dieser Versammlung beitragen, haben mehr als irgend wer die Aufgabe, sie zu schützen. Da wir nun unter dieser Regierung fortwährend Ueberraschungen ausgeführt sind, (Unterbrechung) so bedarf es einer ernstlichen und wirksamen Garantie. Unsere Versammlungen haben bisher das Unglück gehabt, oft von denen verrathen zu werden, welche ganz besonders den Auftrag hatten, sie zu schützen, und namentlich von ihren Präsidenten. Gegen Angriffe nun, von welcher Seite sie auch kommen, ist eine Garantie nöthig.“ (Bestimmung links, Gelächter.) Die Stichelei gegen den Mann des zweiten December, die in dieser Rede enthalten ist, ist keineswegs besonders scharf, um so mehr ist ersichtlich, daß Rochefort Stütze in der radicalen Bourgeoisie sucht, der er ja auch seinen socialen Ansichten nach angehört. Der „unversöhnliche“, von den Pariser Arbeitern bereits „unverbesserlich“ getaufte Gambetta nahm denn auch sofort Rocheforts Partei und erklärte: „Der Tag wird vielleicht kommen, wo sie berufen werden, diese Vorsichtsmaßregeln nicht ergriffen zu haben und Ihr Leben Ihnen als Revidität angelegt werden wird.“ Kindlich naiv ist wahrhaftig Herr Gambetta selbst, denn gegen die Armee Bonaparte's wird die aus Bourgeois bestehende Nationalgarde, auf gut deutsch „Bürgerwehr“, wahrlich nicht in's Feuer gehen. Aber es ist doch kostbar, wie zahl die Revolutionäre werden, sobald sie erst gewählt sind!

## Vereins-Beil.

(Für den Allg. deutschen Arbeiter-Verein.)

Aus Offenbach erfahren wir, daß dortselbst der Präsident am Abend des 4. Dec. aufs Feierlichste empfangen wurde. An den Straßenecken brannte, als derselbe durch die Stadt fuhr, bengalisches Feuer und eine zahlreiche Menschenmenge begleitete ihn unter Hochrufen zum Versammlungsort. Zur Versammlung selbst war der Andrang ein überaus großer und dieselbe verlief in gehobener Stimmung, vollkommener Entzucht und feurigster Begeisterung. Noch sei bemerkt, daß in Frankfurt und Offenbach auch die Herren Wolf aus Hamburg und Kölsch aus Mainz mit anwesend waren.

Berlin, 6. Dec. (Mitglieder-Versammlung.) In der vorgestrigen Mitgliederversammlung, welche sehr zahlreich besucht war, wurde zunächst die Arbeiterversammlung im Unversam einer lebhaften Debatte unterworfen, an welcher sich die Herren Lücke, Aurin, Zielonsky, Lange, Bars, Werles, Schmöhl, Lübert, Ros, Renz, Gehle, Boethle, A. Kapell, Finn, Schneider und D. Kapell beteiligten. Dann wurde die bevorstehende Generalversammlung besprochen, namentlich die bereits in einer früheren Benennung gründlich erörterte Frage, ob eine Aenderung des jetzt geltenden Vereinsstatuts notwendig und zweckmäßig sei. Diese Frage wurde mit allen gegen eine Stimme verneint und beschlossen, auf der Generalversammlung das Stimmrecht

der hiesigen Mitglieder durch zwei Delegirte ausüben zu lassen, welche in der nächsten Versammlung gewählt werden sollen. (Cassel.)

Reheim a. d. R., 2. Dec. (Neue Ausbreitung.) Es freut mich, aus von hier aus melden zu können, bemerke sich eine Mitgliedschaft gebildet hat. Nachdem wir Sonntag in einer Versammlung die Principien und Organisation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins erörtert und gesprochen hatten, zeigten wir Anwesenden aus sämtlicher die Liste ein. Somit ist der erste Ball in diesem abge- dert liegenden, clericalen Theile Westphalens durchbrochen. Der Graf Lassalle's hat auch hier seinen Einzug gehalten. Er wird unser Beschützer sein in den Stämmen, die vielleicht nicht beschützen. Wir werden uns fest um ein Banner scharen und immer mehr Kämpfer für die große Sache der Arbeiter zu gewinnen suchen. Wenn alle Arbeiter endlich zum Klassenbewußtsein gekommen sind, dann Bourgeois, soll es heißen: bis hierher und nicht weiter zurück! (Cassel.)

Celle, 24. Nov. (Versammlung.) In der 13. d. abgehaltenen Versammlung wurden die jüngsten Ereignisse in Berlin lebhaft besprochen und das Resultat der Volksversammlung vom 7. Nov. im Concerthause folgenden Begriffe. Zum Schluß wurde vom 11. d. folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die Celler Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins schließen sich mit dem echt social-demokratischen Vorgehen der Berliner Parteigenossen bei Gelegenheit der von der Fortschrittspartei am 7. Nov. d. J. eintreffenden Volksversammlung in jeder Beziehung einverstanden und unterstützen die glücklichen Bemühungen ein „Vorwärts!“ zu.“ (Mit social-demokratischem Grusse.)

Obertshausen, 3. Dec. (Volksversammlung.) Am 28. Nov. wurde dahier eine Volksversammlung, welche dem zahlreich besucht war, abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde Unterzeichneter gewählt. Ich schilderte in nachstehender Weise die am 7. Nov. zu Berlin abgehaltene Volksversammlung, hauptsächlich das Verhalten der Abgeordneten der Fortschrittspartei gegenüber den Arbeitern. Dann sprach ich nach, wie nöthig es ist, daß sich die Arbeiter einig sind um dem Treiben dieser Herren ein Ziel zu setzen. Demnach sprach die Herrn Birch von hier und Stärk von dort, und Offenbach ebenfalls über die Berliner Volksversammlung. Herr Stärk sprach unter großer Begeisterung und ernstlichen, rühmlichen Beifall. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung spricht der social-demokratischen Arbeiterpartei zu Berlin, welche die Besorgnisse der Arbeiter in der am 7. Nov. abgehaltenen Volksversammlung ihre volle Anerkennung und Unterstützung ausdrückt.“ Hierauf hielt Herr Stärk noch einen gediegenen Vortrag über die Organisation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins. In Folge dessen traten viele Arbeiter der Volksversammlung mit einem Hoch auf die Organisation der social-demokratischen Grupp.

Krummhennersdorf, 26. Novbr. (Neue Ausbreitung.) Sonntag den 21. Novbr. cr. fand in Krummhennersdorf bei Schwan eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, wozu das Mitglied Herr Pischmann aus Chemnitz eingeladen war. Es hatte sich eine gute Anzahl Arbeiter sowie frühere Mitglieder eingefunden. Nachdem die Versammlung eröffnet war hielt Herr Pischmann eine Rede über die Principien Lassalle's und die Organisation der Arbeiterpartei. Die gern social-demokratisch scheinen möchte, und der Organisation derselben in klarer Weise. Schließlich forderte er die Anwesenden auf, dem Allg. deutsch. Arb.-Verein anzuschließen. Redner wurde durch allgemeinen Beifall gelobt, und erfreulich war es, daß sich sofort zahlreiche Mitglieder unserm Verein angeschlossen. So wird denn auch Krummhennersdorf unsere Sache einen guten Fortgang haben und es werden alle Mitglieder im genannten Orte sich zum Allg. deutsch. Arb.-Verein sehen. (Mit social-demokratischem Grusse und Handschlag.) J. A. C. H. Vogel.

Sothenheim, 25. Nov. (Volksversammlung.) In der Gemarkung Sothenheim hielt eine Volksversammlung in Sothenheim Stadt Frankfurt dahier ab, um die jüngsten Ereignisse in Berlin zu besprechen. Die Tagesordnung war: 1) Die Verhandlung der Fortschrittspartei in Berlin und die Besorgnisse der Arbeiter. 2) Der Allg. deutsch. Arb.-Verein und seine Organisation. Nachdem alle diese Punkte klar und deutlich besprochen waren, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „1) In Erwägung des feigen Verhaltens der Fortschrittspartei bei der am 7. d. Mts. im Concerthause abgehaltenen Volksversammlung, das dadurch bewiesen ist, daß dieselbe nicht wagte, über den von ihr gestellten Antrag wegen Abkündigung des bestehenden Pacts mit dem Volk zu diskutieren, erklärt die Versammlung, daß sie den Rechten des Volkes feindselig, der Reaction vorkommt, und findet das Vorgehen der Fortschrittspartei in Berlin vollkommen gerechtfertigt und lobenswerth.“ 2) Es erklärt die Versammlung gegenüber der Fortschrittspartei gegen die Arbeiterpartei in der Presse, vornehmlich die „Zukunft“, „Volkszeitung“ und „Frankfurter Journal“, daß sie die Presse dadurch nur den Haß und die Verachtung des Volkes zugezogen, und es betrachtet die Versammlung diese als Bergstürzerin des deutschen Geistes und Dienerin des Götzes und der Reaction.“ Ferner wurde in Betreff der Beziehung auf die Ausrufung des Dr. Reinganus, welche sich bei seiner Vertheidigungsrede bezieht, nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß Herr Reinganus die Schiffe Lassalle's nicht kennen kann, daß jene Ausrufung nicht zu seinem Bewußtsein gehört, und daß er die Schiffe Lassalle's erst kennen muß, bevor er darüber sprechen darf.“ (Mit social-demokratischem Grusse.) Ph. Kappes, Vorsitzender.

Wandsbeck, 5. Dec. (Zum Schutze der Launen Fortschrittlicher Arbeiter.) Wegen der Abrechnung des neuen Comités für den Rassenheimer Strife ist in Betreff der von Cassel eingegangenen Unterstützung nachfrage von dort an Cassel eingegangen. Ich constatire hierdurch, daß uns 65 Thlr. von Cassel zugegangen sind, und daß benannte Summe auf 100 Thlr. öffentlich quittirt worden ist. Es ist quittirt: 25 Thlr. durch Bahlke, 8 Thlr. durch Bahlke, 7 Thlr. durch Lehder als Cassel. Außerdem sind 150 M. durch Lehder als Cassel in Berlin empfangen, wozu die 25 Thlr. aus Cassel gehören. Was Herr Lehder durch die Redaction des „Social-



